

Kontroversen vor dem VII. Parteitag

Die Kritik am Entwurf der zukünftigen Politik Vietnams („Partei-programm für den Aufbau des Sozialismus in der Übergangsphase“), der beim VII. Parteitag (auf Juni verschoben) diskutiert und verabschiedet werden soll, nimmt offenbar zu. Das zweiteilige Konzept kommt nach einer Bestandsaufnahme der Politik seit dem Reformparteitag (1986) zu dem Schluß, daß trotz erneuter Wirtschaftsprobleme seit Mitte 1990 erkennbare wirtschaftliche und politische Fortschritte erreicht wurden und zeichnet Richtlinien der künftigen Politik bis 1995 auf. Die Kritik kommt einerseits aus dem konservativen Lager (z.B. vom 1986

amtsenthobenen Ex-Vizepremier To Huu) und spricht vom Verrat an kommunistischen Idealen, während andererseits der Reformflügel entschlossene marktwirtschaftliche Maßnahmen angesichts neuer Wirtschaftsprobleme (Wiederaufblammen der Inflation, Kürzung der UDSSR-Subventionen, Handels- und Haushaltsdefizit, Devisenmangel) fordert.

Die Politik ist gegenwärtig von einem Pendeln zwischen Reformen und Restriktionen gekennzeichnet und zeigt, wie tief die Verunsicherung über die Einschätzung der politischen Lage vor dem VII. Parteitag ist. So wurde jetzt ein Entwurf zur Verfassungsreform vom Staatsrat angenommen, der auf den Parteitag von 1986 zurückgeht und die

stärkere Trennung von Staat und Partei vorsieht. Gleichzeitig sind zunehmende Restriktionen zu beklagen: seit 1987 wurden 78.200 Personen aus der jetzt 2,16 Mio. Mitglieder starken KPV ausgeschlossen und weitere 128.000 Disziplinerungsverfahren durchgeführt.

Wegen „Verrats an der Partei“ wurde Bui Tin, stellvertretender Chefredakteur der Parteizeitung Nhan Dan, abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er im Dezember konsequenter Reformen gefordert und sich scharf gegen die Politik der Parteiführung ausgesprochen hatte. Nach Informationen der Internationalen Menschenrechtsföderation und des vietnamesischen Komitees für die Verteidigung der Menschen-

rechte wurden seit November mehrere hundert Intellektuelle verhaftet, weshalb die Entsendung einer UN-Untersuchungskommission für gezielte Nachforschungen durch die Genfer UN-Menschenrechtskommission gefordert wird. Unter den Verhafteten befinden sich die protestantischen Pfarrer Dien Thien Thu und Tran Dinh Ai (Februar) sowie die Schriftstellerin Duong Thu Huong (April), die KP-kritische Dokumente ins Ausland versandt haben soll. In dem Zusammenhang wurde auch der Vietnamesische Staatsbürger Dr. Bui Duy Tam verhaftet.

Vgl. FEER 21.2.; 7.3.; 16.5.; 21.3.91; FR 6.5.91; VC 15.2.91; VNI 4/91

Annäherung zwischen Washington und Hanoi mit Bedingungen

Zwischen den USA und Vietnam zeichnet sich eine allmähliche Normalisierung der Beziehungen ab. So einigten sich John Vessey, Gesandter des US-Präsidenten für Humanitäre Angelegenheiten und der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach im April auf die Eröffnung eines amerikanischen Büros in Hanoi, das Nachforschungen über den Verbleib von ca. 1700 im Krieg verschollenen US-Soldaten anstellen soll. Ferner haben die USA Hanoi humanitäre Hilfe von 1 Mio. US\$ für die Beschaffung von Prothesen für vietnamesische Kriegsgesonderte angeboten. Dies kann als erster Schritt zur Freigabe des 1973 zur Pariser Waffenstillstandskonferenz geschnürten Hilfspakets, sowie zusätzlichen von Richard Nixon für den Wiederaufbau des Landes angebotenen 4 Mrd.

US\$, die nach der vietnamesischen Invasion in Kambodscha eingefroren wurden, betrachtet werden. Die USA genehmigten nun auch Verbindungen von amerikanischen zu vietnamesischen Banken, damit vietnamesischstämmige US-Bürger Gelder an Angehörige in Vietnam überweisen können.

Für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen forderte Washington die Anerkennung des vierstufigen UN-Friedensplans für Kambodscha durch Hanoi. Der Entwurf dazu wurde am 9. April vom US-Staatssekretär für Ostasien und den Pazifischen Raum, Richard Solomon, vorgestellt: Phase I sieht die Unterzeichnung eines internationalen Friedensplans durch Vertreter Vietnams und Kambodschas vor. Die USA würden dann amerikanische Geschäftsleute und Veteranen nach Vietnam reisen lassen. In Phase II, der Ankunft von UN-Gesandten in Kambodscha und der Vereinbarung ei-

nes Waffenstillstandsabkommens, würde Washington das Handelsembargo gegen Kambodscha ganz, das gegen Vietnam teilweise aufheben; amerikanische Geschäftsleute könnten Büros in Vietnam eröffnen und Verträge abschließen, deren Erfüllung jedoch erst in Phase III genehmigt würde; diese ist sechs Monate nach Inkrafttreten des Friedensabkommens und nach Abzug aller vietnamesischen Truppen und Berater aus Kambodscha erreicht und vom Ende des amerikanischen Handelsembargos sowie der Lockerung der amerikanischen Kredit-sperren bei IWF und Weltbank gekennzeichnet. In Phase IV, nach Durchführung freier Wahlen in Kambodscha und der Konstitution der Nationalversammlung, ist die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen Hanoi und Washington vorgesehen. Die USA würden Kredite für Vietnam voll unterstützen und dem Land den Sta-

tus eines meistbegünstigten Handelspartners zuerkennen.

Die vietnamesische Reaktion auf diesen Plan ist eher gedämpft: „Ich habe ihn noch nicht abgelehnt, ich habe ihm noch nicht zugestimmt“, so Außenminister Nguyen Co Thach. Vertreter internationaler Finanzinstitutionen bemängeln, daß der Plan die Verantwortung für die Lösung der Kambodschafrage einseitig Hanoi aufbürde und nicht die weitreichenden ökonomischen Reformen des Landes berücksichtige, aufgrund deren Vietnam wirtschaftliche Unterstützung verdiene. Funktionäre aus Japan, Kanada und Australien vertreten wie zahlreiche EG-Länder (besonders Frankreich) eine vietnamfreundlichere Position. So wurde Ende Mai der erste offizielle Vertreter der EG, Albert Maes, in Hanoi akkreditiert.

Vgl. TAZ 23.4.91; Guardian 27.4.91; FEER 25.4.; 2.5.; 18.4.91; VNI 3/91; 4/91

Wirtschaftskrise ohne Ende

Auf dem VII. Parteitag wird sich Vietnam insbesondere mit den enormen wirtschaftlichen Problemen befassen müssen. Ein wichtiger Hauptgrund der neuen Wirtschaftskrise liegt im sowjetischen Subventionsstopp: Moskau hat seine Lieferungen an Vietnam drastisch gekürzt und verlangt nun Weltmarktpreise in harter Währung. Dies dürfte das beherrschende Thema der Gespräche von Premierminister Do Muoi mit seinem sowjetischen Kollegen Pawlov vom 5.-9. Mai in

Moskau gewesen sein. Auch Parteichef Nguyen Van Linh wurde zu einem Kurzbesuch im Kreml empfangen, nachdem sich bisher insbesondere das sowjetische Wirtschaftsministerium geweigert hatte, über die veränderten Handelsbedingungen zu diskutieren. Offenbar konnte sich also das Außenministerium mit einer gemäßigteren Politik durchsetzen. Über Inhalt und Ergebnis der Konsultationen wurde jedoch nichts bekannt. Z.Zt. betragen die Verpflichtungen Vietnams der UDSSR gegenüber 8 Mrd. Rubel, ca. 14 Mrd. US\$; das sind etwa 85% der ge-

samten Auslandsverschuldung. 6 Mrd. Rubel sollen in den nächsten 5 Jahren zurückgezahlt werden, doch ist unklar, wie diese Summe aufgebracht werden kann: wegen des im Oktober durch die USA und Japan erneut verlängerten internationalen Boykotts ist eine Umschuldung unmöglich, da Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Asiatische Entwicklungsbank keine Kredite an Vietnam bis zum Ende dieses Embargos vergeben dürfen. Das Wirtschaftswachstum sank auf 2,4%, was bei einem Bevölkerungswachstum von gut 2% pro Jahr

Stagnation bedeutet.

Ausländische Investoren halten sich trotz der liberalen Investitionsgesetze, die ausländischen Unternehmern 100%iges Eigentum ermöglichen und bei Joint-Ventures nur 30%ige vietname-



sische Beteiligung fordern, zurück. Zwar können Gewinne nach Versteuerung frei transferiert werden, doch besteht Hanoi auf dem Monopol der Vermittlung von Arbeitskräften zu überzogenen Preisen sowie der Kontrolle von Devisenmarkt und Preisgestaltung. Ferner sind die schlechte Infrastruktur sowie die mangelnde Flexibilität der Bürokratie Haupthindernisse für Investitionen: „Wer in Vietnam Geschäfte machen will, sollte nicht nur Dollar, sondern auch viel Puste für den Hürdenlauf in den Behörden mitbringen“, so berichtet ein deutscher Firmenvertreter in Ho-Chi-Minh-Stadt. Ein weiteres Problem besteht im schwerfälligen und unzuverlässigen Bankensystem Vietnams. Ausländi-

gehen aber davon aus, daß Hanoi die Beschränkungen einseitig beibehält: „Zunächst sollen ausländische Banken ihre Geschäfte in ausländischen Währungen abwickeln. Wenn unser Bankensystem verbessert ist, können wir die Aufgaben der fremden Banken erweitern“, so Nguyen Cong Hai von der Staatsbank.

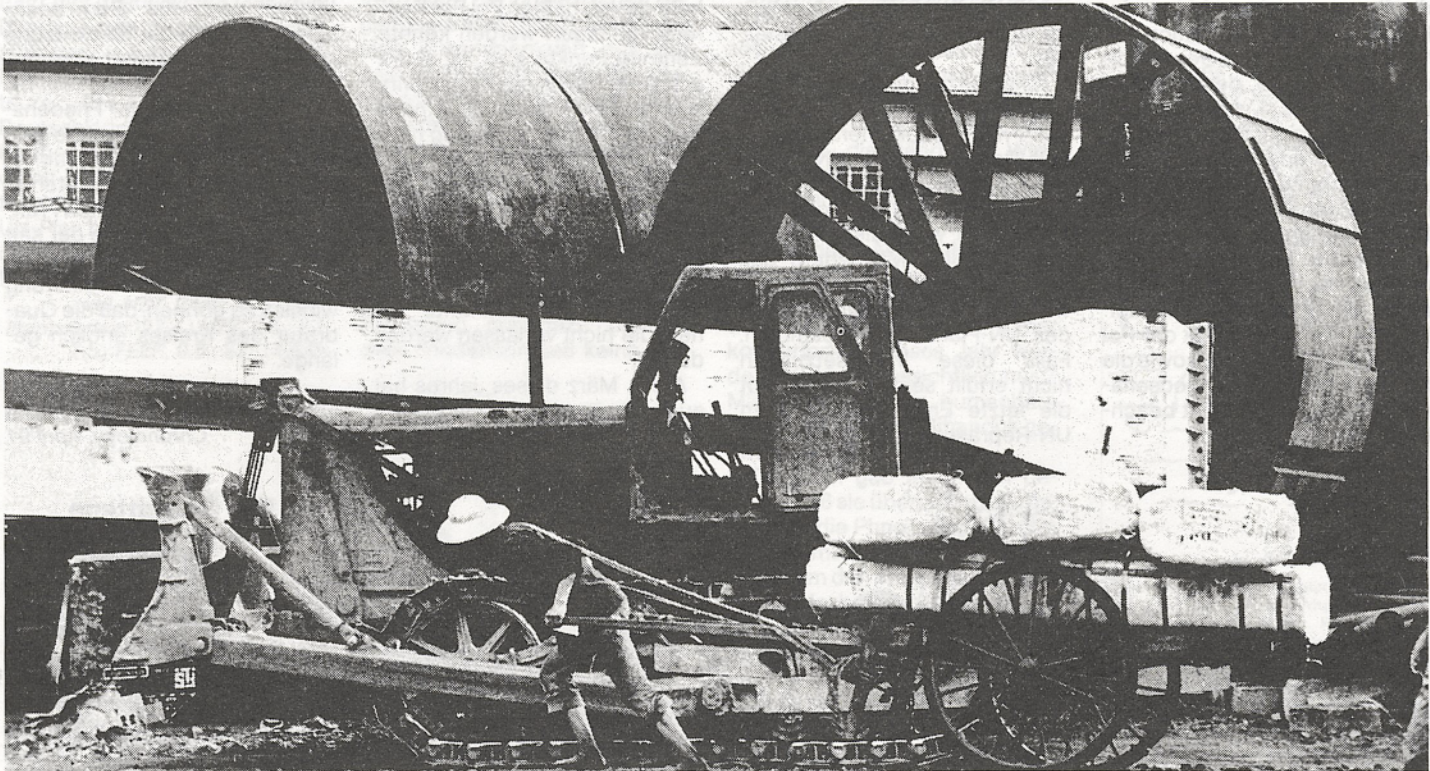
Wegen des Handelsembargos, das US-Unternehmen den Kontakt mit Vietnam verbietet, wurden seit 1987 nur ca. 200 Joint-Ventures im Wert von 1,3 Mrd. US\$ abgeschlossen, was sich angesichts des Rohstoffreichtums sowie der niedrigen Lohnkosten (ca. 40-50 US\$ pro Monat) eher bescheiden ausnimmt. Um neue Impulse zu geben, wur-

momentan nur durch ca. zwölf Firmen vertreten, obwohl es in Vietnam ca. 5000 in der Ex-DDR ausgebildete deutschsprechende Facharbeiter, Techniker und Ingenieure gibt.

Eine Handelsvertretung Bangkok in Vietnam wird es wegen des Militärputsches in Thailand nun zunächst nicht geben. Dennoch wurde von Vertretern beider Länder die Notwendigkeit zu enger Zusammenarbeit hervorgehoben: „Gute Beziehungen zwischen Thailand und Vietnam sind entscheidend für Frieden und Prosperität in der Region“, so der thailändische Außenminister Arsa Sarasin. Ein Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten beider Länder ist geplant.

Positiv entwickelt hat sich dage-

ner vermutlich reichen Rohöl-Ressourcen der OPEC beitreten; zur Zeit werden von vielen ausländischen Unternehmen, die dazu über 50 Mio. US\$ investierten, im Golf von Tonkin und im Südchinesischen Meer Probebohrungen durchgeführt; beteiligt sind Firmen aus Großbritannien, Belgien, Indien, Schweden, Kanada, Japan und der UDSSR. Vietnam fördert jährlich 2,5 Mio.t Erdöl und strebt bis zum Jahr 2000 eine Steigerung auf 20-30 Mio.t an. Das Rohöl wird in die UDSSR und nach Japan exportiert. Firmen aus Italien, Frankreich, Japan, England und Australien haben Interesse für den Bau der ersten Raffinerie Vietnams (geplante Jahreskapazität ca. 5 Mio.t) bekundet.



Zu groß geratene Räder haben nicht gegriffen.

aus: Vietnam Kurier 4/87

sche Banken unterliegen massiven Beschränkungen (Geschäfte sind auf Außenhandelsbeziehungen in ausländischen Währungen begrenzt), gewinnen jedoch an Einfluß: sie führen Seminare über internationales Finanzwesen sowie Studienreisen für vietnamesische Bankangestellte durch und erstellen Finanzierungspläne für große Projekte wie z.B. die Renovierung des Thong Nhat Hotels in Hanoi. Vertreter von ausländischen Banken fordern: „Wir müssen am lokalen Markt beteiligt werden; durch den Umtausch bringen wir Geld, Finanzierungen und Kunden nach Vietnam.“ Fachleute

de im März in Ho-Chi-Minh-Stadt mit viel Aufwand ein Investitionssseminar veranstaltet, an dem 400 Vietnamesen und ca. 600 ausländische Vertreter aus über 30 Nationen teilnahmen. 187 Industrieprojekte im Umfang von 6,8 Mrd. US\$ wurden vorgestellt, für die ausländische Partner gesucht werden. Während des fünftägigen Seminars konnten Vorverträge im Umfang von 439 Mio. US\$ abgeschlossen werden.

Hauptinvestoren sind gegenwärtig Frankreich, Großbritannien, Belgien und Japan. Das Gesamthandelsvolumen betrug 1990 540 Mio. US\$. Die BRD ist

gen der Handel mit China, besonders seit dem Besuch des Parteichefs Nguyen van Linh in Beijing vom September letzten Jahres; Malaysia hat die erste Wirtschaftsniederlassung eines Landes der Association of Southeast Asia Nations (Asean) in Vietnam eröffnet. Ein Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde im November mit Indonesien unterzeichnet; nach Vorschlag des malaysischen Premierministers strebt die ASEAN die Integration Indochinas in einen ostasiatischen Handelsblock, die East Asiatic Economic Group (EAEG), an. Ferner will Vietnam aufgrund sei-

Obwohl Washington und Tokio die Wirtschaftsblockade aufrechterhalten, gibt es Anzeichen dafür, daß sich Unternehmen aus Japan und den USA Anteile am vietnamesischen Markt sichern wollen; Hanoi liegt viel an einer Normalisierung der Beziehungen, um Kapital und Know-How ins Land zu holen. Mehrere japanische Firmen haben in jüngster Zeit Vertretungen in Vietnam eröffnet (Mitsubishi) oder Interesse an Joint-Ventures bekundet (Sanyo).

Vgl. FR 20.3.; 10.4.91; FEER 21.2.; 28.3.; 4.4.; 25.4.; 23.5.91; South März 91, NZZ 21.3.1991; The Nation 21.3.91. VC 14.1.; 23.2.91